

Bericht aus der Stadtverordnetenversammlung



vom 7. November 2019



In der aktuellen Stunde zur Mainufer-Sperrung erklärte **Reinhard Stammwitz**, AfD-Stadtverordneter im Römer, der sogenannte `Modellversuch für mehr Lebensqualität am Mainufer´ - O-Ton SPD - sei doch nur ein vorgeschobener Grund. In Wirklichkeit gehe es doch wohl eher um die Hilflosigkeit hinsichtlich des drohenden Dieselfahrverbots und um die Furcht vor den zornigen „Fridays for Future“-Brigaden. *„In diesem Kontext zielt der Modellversuch wohl ausschließlich darauf ab, Tatkraft vortäuschen“*, so Stammwitz. *„Der Preis für diese Symbolpolitik ist hoch.“* Die ohnehin miserable Verkehrssituation werde

verschlimmbessert. Deutlich mehr Autos steckten im Stau und dies zum Schaden von mehr Autofahrern und mehr Anliegern. Und auch die Umwelt werde dadurch mehr belastet. Dieser Modellversuch sei geradezu symbolhaft für den völlig unangemessenen Aktionismus, mit dem in diesem Lande die Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende betrieben werde. *„Offensichtlich lassen es die etablierten Parteien zu, dass sie von links-grünen Ideologen und neuerdings auch noch von Kindern, die an den baldigen Weltuntergang glauben, vor sich hergetrieben werden. Und genau dies scheint bei der völlig sinnfreien Sperrung des Mainufers der Fall zu sein“*, fährt der AfD-Stadtverordnete fort. All dies vor Augen fordere die AfD: Keine weiteren Versuche mit jenen Menschen, die als Verkehrsteilnehmer und/oder als Anwohner betroffen sind! Die Mainufer-Sperrung müsse sofort aufgehoben werden. Die AfD begrüße eine Neustrukturierung der Mobilität in Frankfurt, aber *„gut geplant und vorbereitet und jeweils bitte den ersten Schritt vor dem Zweiten,“* schloss der verkehrspolitische Sprecher der AfD.



Bezugnehmend auf die persönlichen Beleidigungen, die Pearl Hahn von den Linken in der vergangenen Stadtverordnetenversammlung auf ihn hat heruntergehen lassen, ließ der AfD-Stadtverordnete **Oliver Wurtz** zunächst Revue passieren. *„Frau Hahn betonte immer und wieder, dass ich ein Migrant sei...“*, so Wurtz. *„Ja, ich bin nach Deutschland ausgewandert. Ich bin aber weder illegal durch dutzende sichere Länder nach Deutschland gereist, noch habe ich falsche Angaben gemacht, als ich nach Deutschland kam. Ja, ich wurde im Jahr 2013 eingebürgert!“* Hahn habe offen an seiner Legitimität gezweifelt, im Parlament zu sein.

„Da ich als gebürtiger Franzose EU-Bürger bin und mehr als drei Monate in Frankfurt lebte, besitze ich seitdem das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen in Deutschland. Auch ohne meine deutsche Staatsbürgerschaft könnte ich hier Stadtverordneter sein“, klärte Wurtz die Linken-Politikerin auf. Auch habe ihn die AfD keineswegs, - wie von Hahn unterstellt -, bloß geschickt. Wurtz` Replik: *„Keine Angst. Die bösen Bio-Deutschen zwingen mich zu nichts... Jedenfalls nicht in der AfD. In der AfD bin ich mit meinem Migrationshintergrund sehr gut aufgehoben... Wie alle anderen AfD`ler mit oder ohne Migrationshintergrund auch!“* Als Stadtverordneter sei er selbstverständlich in der Lage, sich die Themen auszusuchen, die er ansprechen wolle. *„In unserer Fraktion ist ein Migrationshintergrund weder ein Plus noch ein Minus“*, so der AfD-Stadtverordnete weiter. *„Die AfD ist als Alternative für Deutschland auch eine Alternative für viele Deutsche mit Migrationshintergrund.“* Er sei frei *„und noch besser... Ich bin kein Kommunist. Kommunisten waren noch nie Demokraten!“*

Beim Tagesordnungspunkt `Integriertes Stadtentwicklungskonzept` stellte der AfD-Stadtverordnete **Reinhard Stammwitz** klar, dass der AfD im Römer hier der Aspekt der gezielten Steuerung des Zuzugs wichtig sei. *„Es ist sehr wohl möglich, den Zuzugsdruck zu reduzieren, vorausgesetzt der politische Wille hierfür ist vorhanden“*, so Stammwitz. Dazu sei mehr Selektion bei der Ansiedelung von Arbeitsplätzen vonnöten, einem der Auslöser für Zuzüge. *„Die Stadt sollte Prioritäten setzen und künftig konsequent nur solche Arbeitsplätze ansiedeln, die einerseits ein besonders hohes und nachhaltiges Steueraufkommen erwarten lassen. Und die andererseits zugleich die Umwelt und die Lebensqualität der Bevölkerung möglichst wenig beeinträchtigen“*, erklärte der baupolitische Sprecher der AfD. Zudem sollten mehr Arbeitsplätze aus Frankfurt heraus in die Provinz verlagert werden. Besonders geeignet seien `computeraffine` Arbeitsplätze am besten in Kombination mit `Home-Office-Arbeitsplätzen`. Stammwitz sprach sich des Weiteren für neue und bessere Verkehrslösungen zur Erleichterung des Pendelns aus.

„Wir fordern eine Gesamtverkehrsplanung für die Stadt und die Umland-Kommunen verbunden mit der Bereitschaft, mehr in Verkehrsinfrastruktur zu investieren“, erklärte der baupolitische AfD-Sprecher. Stammwitz riet zu einer integrierten Siedlungsplanung, welche Frankfurt und die Kommunen „rund um den großen Frankfurter Bogen“ umfasse. Sein Appell: „Gestaltungsobjekt sollte letztlich die Metropol-Region sein. Nur `Frankfurt denken` ist zu kleinkariert!“



Monika Krause, frauenpolitische Sprecherin der AfD im Römer, begründete in Ihrer Rede ihre Vorbehalte gegen die Umsetzung der Istanbul-Konvention wie sie in den Anträgen der Koalition sowie der Linken gefordert wird. „Unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, ist die Istanbul-Konvention die erste international bindende Gender-Agenda“, sagte Krause. Schauen Sie sich die Istanbul-Konvention genauer an, stehen dort, dass ungleiche Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern zur Beherrschung und Diskriminierung der Frauen durch die Männer führen. „Die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft werden durch eine konstruktivistische Vorstellung von Geschlecht dort torpediert. Das Geschlecht wird als bloße soziale Konstruktion im Sinne der Gender-

Ideologie definiert, und folgt somit der neomarxistischen Ideologie, die die Auflösung konservativer Lebensmodelle anstrebt“, konstatiert die AfD-Stadtverordnete. Krause zählte auf, dass es in Deutschland mehr als 350 Frauenhäuser, 40 Schutz- und Zufluchtswohnungen, mit mehr als 6000 Plätzen gäbe. Jährlich fänden etwa 30.000 bis 34.000 Personen in Frauenhäusern, Zufluchtswohnungen Schutz und Unterstützung. Hinzu kämen 750 Fachberatungsstellen wie z.B. der Frauennotruf und andere die sich gegen Gewalt, Frauenhandel, Zwangsverheiratung, Stalking für Frauen einsetzen. Bundesweit stünden rund um die Uhr zur Verfügung. Die Hilfseinrichtungen für gewaltbedrohte und betroffene Frauen seien bundesweit vernetzt. „Ohne Frage ist es selbstverständlich wichtig, diese Einrichtungen zu unterstützen und gegebenenfalls die Anzahl der Frauenhäuser auszubauen. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen in letzter Zeit stark zugenommen haben“, stellte Krause klar. Anstatt diese Tatsache der deutschlandweiten Schutz- und Beratungsstellen zur Kenntnis zu nehmen, wolle die Koalition mit ihrem Antrag nun die Istanbul-Konvention umsetzen, bei der es sich doch nur vordergründig um Gewaltprävention für Frauen handle. Dafür würden nun zusätzliche Stellen und extra Geldmittel gefordert. Krause bemängelte in ihrer Rede zudem die statistisch einseitige Fokussierung auf Gewalt gegen Frauen und das bewusste Ausklammern des tabuisierten Themas, dass auch Gewalt gegen Männer in Partnerschaften vorkäme.



Beim Tagesordnungspunkt zur erhöhten Gewerbesteuerumlage ab 2020 brachte der AfD-Fraktionsvorsitzende **Rainer Rahn** zur Sprache, dass die Stadt Frankfurt einen schweren Fehler begehe, wenn sie nicht beim zuständigen Gericht Klage gegen das Gesetz über die Heimatumlage einreiche. *„Die Klage hätte gute Aussicht auf Erfolg, aber der AfD-Antrag, der genau das fordert, ist abgelehnt worden“*, sagte Rahn. Seit 1991 zahle die Stadt die erhöhte Gewerbesteuerumlage ans Land, seinerzeit eingeführt, damit westdeutsche Kommunen sich an der Finanzierung der Einheit beteiligten. Sie laufe zum Jahresende aus, doch das Land Hessen habe beschlossen, sie müsse weitergezahlt werden, jetzt unter dem

Namen `Heimatumlage`. Zwar habe die neue Umlage eine andere Bezeichnung als die bisherige Gewerbesteuerumlage, aber ihre Berechnung erfolge nach demselben Verfahren und unter ausdrücklicher Berufung auf die entsprechende bundesgesetzliche Regelung. Wenn nunmehr also das Bundesland Hessen die auf bundesgesetzlicher Grundlage wegfallende Umlage durch eine landesgesetzliche Umlage kompensiere, stelle sich die Frage nach der Verfassungskonformität dieser Regelung. Nicht zuletzt verletze die Heimatumlage im kommunalen Finanzausgleich geltende Regeln bezüglich der Verteilung. *„Die Stadt zahlt momentan eine erhöhte Gewerbesteuerumlage von 120 Mio. Euro im Jahr. Normalerweise hätte sie den Betrag ab 1. Januar 2020 zur Verfügung“*, stellte der AfD-Fraktionschef fest. Dadurch, dass die Heimatumlage eingeführt wurde, zahle die Stadt Frankfurt nach wie vor so viel, bekomme aber nur einen Bruchteil davon zurück. *„Deshalb ist mit einem Verlust von mindestens 100 Mio. Euro für die Stadt zu rechnen. Vollkommen unverständlich, da nicht gegen zu klagen“*, so Rahn.

Informieren Sie sich:

Besuchen Sie die Bürgersprechstunden der AfD-Fraktion im Römer

Nächste Bürgersprechstunde findet statt: **5. Februar 2020** um **17** Uhr in den Fraktionsräumen Raum 128.



Bericht aus dem Stadtparlament

AfD-Fraktion im Römer

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter:

www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich und beginnen um 16 Uhr.

Anmeldung zur Sitzung per Email unter:

einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Nächster Sitzungstermin der Stadtverordnetenversammlung ist am: **12. Dezember 2019**

Sprechzeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:

Montag – Donnerstag 10 – 15 Uhr

Email: info@afd-im-roemer.de

Internet: www.afd-im-roemer.de

Telefon: 069 – 212 46222

Impressum:

AfD-Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

ViSdP: Dr. Dr. Rainer Rahn
(Fraktionsvorsitzender)